

Deputation für Bildung

(staatlich)

Sitzungsprotokoll der Sondersitzung der Deputation für Bildung – staatlich und städtisch -

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
10. Mai 2007	10.15 Uhr	11.55 Uhr	Rembertiring 8-12, 28195 Bremen

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Verschiedenes
- TOP 3 Durchführung einer Resozialisierungsmaßnahme seit dem Jahre 1992
- TOP 4 Bericht zur Lessingschule Bremerhaven
- TOP 5 Stundenzuweisung für die gymnasiale Oberstufe (Sachstand)

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 2 Verschiedenes

1. Die Korrektur der „**Verteilung der Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe 1 im Schuljahr 2007/2008**“ wurde verteilt.
2. Frau Schmidtke bemängelt, dass die Einrichtung eines zusätzlichen **Profils am Schulzentrum Bördestraße** zur Abwanderung vieler Schülerinnen und Schüler vom Schulzentrum Alwin-Lonke-Straße geführt habe. Sie hält das Vorgehen des Schulzentrums Bördestraße für unredlich und fragt, wie ein solches Vorgehen zukünftig verhindert werden kann. Herr Bothmann erwidert, dass dies insgesamt drei Schülerinnen und Schüler betrafte, die Profilangebote sollen zukünftig besser kontrolliert werden um solche Vorgänge für die Zukunft auszuschließen.
3. Frau Stahmann fragt, ob von Seiten des Finanzressorts eine Einschätzung zu dem **Altersteilzeitvorschläges** des Personalrats vorliegt. Senator Lemke erwidert, dass er umgehend um eine Einschätzung durch das Finanzressort gebeten habe, diese könne jedoch erst im Laufe der nächsten Wochen vorgelegt werden.
4. Herr Rohmeyer fragt, ob für die **Mobilbauten an der Grundschule Osterholz** eine Ersatzmöglichkeit bestehe. Senator Lemke erwidert, dass die Fachleute des Gesundheitsamtes keine von den Räumlichkeiten ausgehende Gesundheitsgefährdung feststellen konnten. Frau Kuhmann (ZEB) entgegnet, dass dem ZEB Berichte der Elternschaft über gesundheitliche Probleme sowohl bei den Kindern wie auch bei Lehrkräften vorliegen. Die Räume waren zwischenzeitlich geschlossen und werden nun wieder genützt. Frau Stahmann bittet, diesen Klagen nach zu gehen. Der Krankenstand der Lehrkräfte könnte

ihrer Ansicht nach ein Indez für die Stichhaltigkeit der Behauptung sein. Senator Lemke sagt eine erneute Überprüfung zu.

TOP 3 Durchführung einer Resozialisierungsmaßnahme seit dem Jahre 1992

Senator Lemke weist auf die vorgelegten Antworten zum Fragenkatalog der Fraktion der CDU hin. Herr Rohmeyer erklärt, dass nicht die Resozialisierung an sich bei seiner Fraktion Fragen aufwerfe. Vielmehr stelle er sich die Frage, ob eine Tätigkeit mit Kindern nicht eine zu große Gefahr bedeutet habe und ob eine andere Tätigkeit nicht sinnvoller und weniger riskant gewesen wäre. Weiterhin muss für die Zukunft festgelegt werden, welche Vorstrafen zu tolerieren sind und welche ein Einstellungshindernis darstellen. Er verweist auf einen kürzlich bekannt gewordenen Fall, in dem die Einstellung aufgrund einer verschwiegenen Vorstrafe verwährt wurde. Die Stellungnahme des Elternbeirats der betroffenen Schule sei ihm und seiner Fraktion bekannt. Frau Stahmann beleuchtet kurz die Entwicklung von Frau A. und betont ihre Bedeutung als Kronzeugin. Eine sorgfältige Prüfung von Frau A. habe schließlich zu dieser Tätigkeit geführt. Die betroffenen Eltern haben sich nach langer und intensiver Auseinandersetzung mit der Thematik zu Frau A. bekannt, da diese ihrer Vergangenheit abgeschworen habe und ausgezeichnete Arbeit an der Schule leiste. Rückblickend sei festzuhalten, dass die Resozialisierung von Frau A. gelungen ist und es keinen Grund gibt, Frau A. nicht weiter zu beschäftigen. Frau Hövelmann stimmt den Ausführungen von Frau Stahmann zu, insbesondere unterstreicht sie, dass die Maßnahme zwar riskant gewesen sei, aber auch erfolgreich. Sie bekundet ihr Unverständnis für den Umgang der CDU mit dieser Thematik. Sie hofft, dass Frau A. ihre Tätigkeit an der Schule fortsetzen kann. Abschließend weist sie darauf hin, dass dieser Fall nicht mit dem erwähnten Fall vergleichbar ist, was schon allein durch die Position der Betroffenen zu begründen sei. Herr Eckert (PR Schulen) dankt dem Senator für die Stellungnahme und bittet, dass Beschäftigungsverhältnis fortzuführen. Senator Lemke führt aus, dass Frau A. über die Befähigung zur Ausübung der Stelle verfügt. Das Vorgehen der Fraktion der CDU versteht er insbesondere hinsichtlich der erfolgreichen Resozialisierung von Frau A. nicht. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, dass Frau A. ihre Arbeit fortsetzen kann und dankt den Schülerinnen und Schülern, den Eltern und den Lehrkräften für ihr besonnenes Verhalten. Herr Rohmeyer betont, dass es seiner Fraktion um eine grundsätzliche Regelung gehe, die geeignet ist, jedes Risiko bei der Arbeit mit Kindern auszuschließen. Senator Lemke weist darauf hin, dass Frau A. ihrer Qualifikation und Ausbildung angemessen eingesetzt wurde und das in sie gesetzte Vertrauen durch hervorragende Leistungen gerechtfertigt wurde. Frau Allers findet, dass diese Entscheidung trotz des positiven Verlaufs ein Wagnis dargestellt habe und sicherzustellen ist, dass derartige sich nicht wiederholt. Frau Winther problematisiert die Entscheidung, eine Resozialisierung über eine Tätigkeit mit Kindern zu erreichen. Sie fragt, ob sichergestellt ist, dass sich so etwas nicht wiederholen kann und wie generell mit Straftätern verfahren werden soll. Frau Stahmann weist darauf hin, dass die Maßnahme intensive begleitet wurde und es zu keinerlei Problemen gekommen ist. Frau Hövelmann vertritt die Auffassung, dass es keine generellen Regelungen für diesen oder ähnlich gelagerte Fälle geben kann, da die Einzelfälle auch individuelle Lösungsansätze und Herangehensweisen verlangen. Senator Lemke stimmt dem zu. Frau Augustin (GSV) führt aus, dass Frau A. während ihrer Tätigkeit begleitet und beobachtet wurde. Die GSV spricht sich für die Weiterbeschäftigung von Frau A. aus. Herr Willmann verweist darauf, dass es sich um eine Einzelfallentscheidung handelt, die in einem rechtsstaatlichen Verfahren geklärt werden muss. Herr Rohmeyer erwidert, dass es generelle Vorstellung darüber geben sollte, wer geeignet ist, Kinder zu unterrichten, und wem diese Eignung nicht zu erkannt werden sollte. Senator Lemke gibt zu bedenken, dass mit jedem neuen Mitarbeiter ein neues Risiko eingegangen wird, ebenso wie ein sorgfältiges abgewogenes Risiko mit dieser Resozialisierungsmaßnahme eingegangen wurde.

TOP 4 Bericht zur Lessingschule in Bremerhaven

Senator Lemke bittet Herrn Stadtrat Dr. Paulenz um einen kurzen Bericht zu diesem kommunalen Thema. Frau Stahmann erläutert, dass sie um einen kurzen Bericht gebeten habe,

da das Problemfeld der Gewalt an Schulen nicht nur Bremerhaven betrifft. Die Stellungnahme des Magistrats Bremerhaven weicht von dem, was auf Elternversammlung berichtet wurde deutlich ab. Sie fragt, wie die Schule – auch durch den Senator für Bildung – unterstützt werden kann. Herr Dr. Paulenz berichtet von der Elternversammlung an der Lessingschule. Diese habe in einer emotional aufgeladenen Atmosphäre stattgefunden und ist im Kontext der sozial sehr schwierigen Situation des Stadtteils Lehe zu sehen. Im Nachhinein seien eine ganze Reihe der getroffenen Aussagen relativiert worden. Nach der Elternversammlung wurde umgehend eine sozialpädagogische Einrichtung eingeschaltet und ein Anti-Gewalt-Training angeboten. Seiner Auffassung nach ist es nötig, ein mittel- und langfristiges Konzept für die Schule auszuarbeiten und gegebenenfalls kurzfristig einzugreifen. Die Differenz zwischen den tatsächlichen Problemen und der Darstellung in der Presse ist kontraproduktiv und schadet der Schule. Er verweist darauf, dass dem Magistrat bekannt ist, dass für die Schule unter anderem durch die Einrichtung eines durchgängigen Gymnasiums in der Nachbarschaft zusätzliche Probleme durch die Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler eingetreten sind. Dennoch ist auch das Kollegium der Lessingschule in der Pflicht, z.B. durch eine Veränderung der eigenen Arbeitsweise sich auf die Situation an der Schule einzustellen. Hierbei wird der Magistrat Bremerhaven das Kollegium durch gezielte Maßnahmen unterstützen. Frau Möhle (PR-Schulen Bremerhaven) entgegnet, dass die Kolleginnen und Kollegen die Darstellung in der Presse bestätigen. Eine Veränderung und Entwicklung des Kollegiums findet fortlaufend statt, allerdings gestalten sich die Rahmenbedingungen so unzureichend, dass dies nicht ausreicht. Die Forderung nach einer sozialpädagogischen Begleitung für die Schule sind schon alt und wurden bisher nicht aufgenommen. Frau Böschen bittet, dieses Thema differenziert zu betrachten. Die Schule hat unter einem schwierigen sozialen Klima zu leiden, dennoch gibt es andere Schulen im Stadtteil, die offenbar nicht diese Probleme haben. Die sozialpädagogische Arbeit muss in ein Gesamtkonzept für die Schule eingebunden werden. Die Probleme können nicht geleugnet werden. Nun muss man versuchen, diese gemeinsam zu bewältigen. Herr Grimm (ZEB BHV) betont, dass viele Vorfälle belegbar sind, ebenso wie die bereits 1998 begonnen Bemühungen der Schule um Unterstützung von Seiten des Magistrats. Er bemängelt, dass diese Hilfestellung der Lessingschule im Gegensatz zu anderen Schulen im Stadtteil versagt blieb. Herr Ravens fragt, ob diese Vorfälle beim Antrittsbesuch von Herrn Dr. Paulenz vorgebracht wurden und warum seit 1998 nicht gehandelt wurde. Herr Dr. Paulenz erwidert, dass bereits am Tage vor der Veröffentlichung des Artikels der Schule zwei Sozialpädagogen zugeordnet wurden. Auch das weitere Vorgehen zeigt deutlich das Engagement des Magistrats. Bei seinem Antrittsbesuch habe er nur mit der Schulleitung gesprochen, von der er auf die Forderung nach sozialpädagogischer Unterstützung hingewiesen wurde. Er hat die Schulleitung darauf hingewiesen, dass die Schule nach seinen Informationen aufgefordert sei, die Forderung nach einem Sozialpädagogen mit einem Konzept zu versehen. Herr Willmann betont, dass die Vorfälle bekannt gewesen und kritisiert, ein fehlendes Standortkonzept für die Schule. Herr Porwoll erläutert, dass versucht wird, dem steigenden Gewaltpotential durch ein Deeskalationsprogramm entgegenzuwirken. Er gibt zu bedenken, dass bei 120 bekannten Vorfällen in Bremerhaven nur drei an der Lessingschule stattgefunden haben. Die Probleme an der Schule werden angegangen, diese Arbeit wird allerdings durch die Presseberichterstattung gefährdet. Er bedauert, dass bisher kein Parlamentarier bereit war, eine Patenschaft für diese Schule zu übernehmen. Herr Grimm (ZEB BHV) entgegnet, dass Herr Bödecker dieser Schule zugeteilt wurde. Senator Lemke betont, dass alle irgendetwas möglichen Maßnahmen ergriffen werden müssen, um Gewalt an Schulen zu unterbinden.

TOP 5 Stundenzuweisungen für die gymnasiale Oberstufe (Sachstand)

Herr Rohmeyer führt aus, dass die Stundenzuweisungen für den kommenden 11. Jahrgang zu erheblichen Irritationen geführt haben, da die Prognosen und die endgültigen Zuweisungen stark differiert haben. Er bittet zu prüfen, ob andere Zuweisungsmodelle auf der Basis der tatsächlichen Zahlen praktikabler wären. Der der Studententafel entsprechende Unterricht muss verlässlich abgesichert werden um attraktive Schulstandorte zu schaffen. Senator Lemke erklärt, dass viele Schulen Angst vor den weiteren Kürzungen haben. Die Reduzierung um 1,3% wurde für den verkürzten und ausgeweiteten gymnasialen Bildungsgang eingesetzt. Der Stauchungsfaktor von 1,5% berücksichtigt die realen Schülerzahlrückgänge bis zum Schuljahresbeginn. Diese entstehen, da sich immer Schülerinnen und Schüler kurzfri-

stig für eine Ausbildung oder eine andere Schullaufbahn entscheiden. Eine Mehrzuweisung über die realen Schülerzahlen hinaus ist aber nicht finanzierbar. Frau Stahmann bittet, die Sprecherinnen und den Sprecher der Fraktionen über die Ergebnisse des Gesprächs mit den Leitungen der gymnasialen Oberstufen zu informieren. Weiterhin bittet sie, der Deputation für Bildung andere mögliche Modelle für die Lehrerstundenzuweisungen vorzustellen.

Senator

Sprecherin

Protokollantin